

Die Eingabe des Städtetages.

Ein Wirtschaftsplan, keine Einzelmaßnahme.

Wie im gestrigen Abendblatt mitgeteilt, hat der Nahrungsmittelausschuß des Deutschen Städtetages an den Reichskanzler eine Eingabe gerichtet, die sich mit der Vorsorge für die Ernährung der städtischen Bevölkerung im kommenden Jahre befaßt. Darin wird betont — und zwar mit vollem Recht —, daß bisher alle Maßregeln des Reiches, die auf die Sicherung sparsamer Verwendung, gerechte Verteilung unseres Vorrates von Lebensmitteln abzielen, im Laufe des Erntejahres unter dem Drange augenblicklicher Ereignisse und Erwägungen erlassen wurden. Nach den bisherigen Erfahrungen ist es aber jetzt zur Vorbereitung eines etwaigen dritten Kriegsjahres dringend erforderlich, für die wichtigsten Nahrungsmittel von vornherein ein Programm festzulegen, das sich auf dieses ganze Erntejahr erstreckt und mit festem Willen durchgeführt wird.

Man kann dieser Forderung des Städtetages nur zustimmen. Hat doch selbst der freikonservative Landtagsabgeordnete v. Dewitz die Maßnahmen der Regierung über die Kartoffelversorgung als ganz unzulänglich bezeichnet. Alles, was hier geschah, ist viel zu spät erfolgt, noch schlimmer steht es, trotz aller Beschönigungsversuche, die von gewisser Seite unternommen werden, auf dem Gebiete der Zuckerversorgung aus. Was nützt es, wenn es in dem vom Ministerium des Innern herausgegebenen Büchlein: „Ernährung und Teuerung“ heißt:

„Es besteht die Hoffnung, daß es gelingen wird, auch nach dem 1. Oktober 1916 vom Verbrauch eine Erhöhung des Zuckerpriees abzuwenden durch eine entsprechende Verminderung des Verdienstes der Zuckerfabriken? Mehr als 1 bis 2 Pf. für das Pfund Zucker würde auch im ungünstigsten Falle die Preiserhöhung nicht betragen.“

Heute erhält man in ganz Groß-Berlin kein Pfund Zucker. Seit Monaten hört man von einer geradezu erschreckenden Zunahme der Hausflachtungen, und erst in den letzten Wochen hat sich die Regierung entschlossen, auf dem Gebiete der Fleischversorgung ein wenig Wandel zu schaffen. Naturgemäß werden durch so plötzliche Maßnahmen die Nurverbraucher am stärksten betroffen. Es ist aber notwendig, daß — wie es in der Eingabe heißt —, „die Maßnahmen so getroffen werden, daß in der städtischen Bevölkerung nicht das Bewußtsein wachgerufen wird, sie stehe bei der Versorgung mit den wichtigsten Lebensmitteln vielfach der ländlichen Bevölkerung nicht völlig gleich“. Neben der Vorrats- und Preisfrage ist die Frage gerechter Verteilung für die städtische Bevölkerung, wie die Eingabe betont, von besonderer Bedeutung.

Im einzelnen verlangt die Eingabe: hinsichtlich der Brot- und Mehlversorgung eine Nachprüfung, ob die Grundsätze für die Selbstversorgung, Selbstlieferung und ländlicher Selbstwirtschaft nicht einer Abänderung bedürfen. Hinsichtlich der Kartoffeln ist der Städtetag der Meinung, daß die Sorgen und Unmöglichkeiten dieses Frühjahrs und Winters sich nicht wiederholen dürfen. Hier vor allem anderen ist eine feste Regelung nötig, die alsbald mit Beginn des Herbstes in Kraft tritt, die volle Versorgung für die Wintermonate gewährleistet und dann von Mai ab den nach dem Ernteausfall verschiedenen Möglichkeiten Rechnung trägt. Notwendig ist auch eine Erfassung der Zuckerbestände, die den deutschen Zuckerreichtum sachgemäß während des ganzen Jahres seinen einzelnen Verwendungszwecken zuführt.

Hinsichtlich der Fleischversorgung heißt es: Wir bitten im Interesse der hinreichenden Ernährung der städtischen Bevöl-

terung mit Fleisch die Frage der Erhaltung der Viehbestände auf der jetzigen Höhe nicht zum alleinigen Ausgangspunkt der Entschlüsse zu machen, trotz der letzten Endes unter dem Gesichtspunkt der Vorratswirtschaft hier wie überall bestehenden Interessengemeinschaft von Stadt und Land. Von besonderer Bedeutung für die städtische Bevölkerung ist die Erhaltung der Milchkuhe. Wir hegen überhaupt die Hoffnung, daß an die Regelung der Fleischversorgung sich eine wirkliche Regelung auch der Butter- und Milchversorgung anschließen wird. Bei der Butter ist der jetzige Zustand, wonach in weiten ländlichen Kreisen keinerlei Mangel herrscht, in den Städten aber vielfach ernste Not besteht, in hohem Maße unbefriedigend.

Zum Schluß heißt es: Auch dem Ausland gegenüber wird es u. E. von segensreichster Wirkung sein, wenn recht bald unsere Volksernährung — für das nächste und die kommenden Erntejahre in einer Weise sichergestellt wird, die die Feinde jeder Hoffnung auf innere Schwierigkeiten des Deutschen Reiches beraubt.

Hoffentlich findet diese Eingabe, die durchaus keine Bevorzugung der Städte fordert, die wahrlich in diesem Kriege Lasten genug zu tragen haben, eine wohlwollende und verständnisvolle Berücksichtigung. Was die Städte hier verlangen, soll nicht einer einzelnen Klasse, sondern dem ganzen Volke zugute kommen. Es ist auch endlich an der Zeit, daß anstelle der Hunderte von sich durchkreuzenden Maßnahmen ein bestimmter Wirtschaftsplan tritt. Wenn die Bevölkerung sieht, daß ein solcher vorhanden ist und daß er nicht zuliebe einem einzelnen Stande entworfen ist, dann wird sie gern und willig durchhalten.

oc.